

Frontalangriffe auf die Schule

alv-Verbandsrat. Die erste Verbandsratsversammlung im neuen Jahr hatte einiges zu bewältigen: Neben dem Dauertraktandum «Bildungsabbau» führten jüngst eingereichte Motionen zur Weiterbildung und zur Integrativen Schulung zu heftigen Diskussionen. Die Verbandsratsmitglieder beschlossen, drei Arbeitsgruppen zu bilden, um bestehenden und kommende Herausforderungen aktiv begegnen zu können.

Die von bürgerlicher Seite lancierte Motion zur Weiterbildung gab viel zu reden: Das Anliegen, Weiterbildung solle grundsätzlich in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden, ist verständlich und nachvollziehbar. Aber gerade bei der internen Weiterbildung ist dies nicht umsetzbar ohne massive Qualitätseinbussen: Die Einhaltung der im Berufsauftrag definierten Jahresarbeitszeit wird schwieriger, es muss auf Schulentwicklungsvorhaben verzichtet werden. Die Beschränkung der internen Weiterbildung auf wenige Wochen pro Jahr hat zudem zur Folge, dass gar nicht mehr alle Angebote durchgeführt werden können, da die Kursleitenden nicht an verschiedenen Orten gleichzeitig sein können. Ein Qualitätsabbau, der sich langfristig rächen wird.

Die beiden Vorstösse, die die Integrative Schulung grundsätzlich abschaffen wollen, sind für den Verbandsrat gleichbedeutend mit einem Frontalangriff auf die Aargauer Schulen. Würde die Integrative Schulung rückgängig gemacht, würden damit keine Probleme gelöst, sondern neue geschaffen, die den Gemeinden aufgebürdet würden. Der Verbandsrat zeigte sich sehr enttäuscht über diese pauschale Forderung, die in keiner Weise auf die reale Situation an den Schulen Bezug nimmt und keinen Ansatzpunkt zur Unterstützung in schwierigen Situationen erkennen lässt.

Drei neue Arbeitsgruppen

- **Spracherwerb:** Die Zusammenarbeit der Fachpersonen der Schulischen Heilpädagogik, der Logopädie oder Legasthenie und des DaZ gestaltet sich in Hinblick auf den Spracherwerb nicht immer einfach. Es braucht definierte Gefässe für die Zu-



Weiterbildung nur noch ausserhalb des Unterrichts? Auf wichtige Schulentwicklungsvorhaben müsste dadurch verzichtet werden. Foto: Christoph Imseng.

sammenarbeit und die entsprechenden zeitlichen Ressourcen. Die betroffenen Fraktionen und Verbände werden sich im Rahmen einer Arbeitsgruppe mit Lösungsvorschlägen auseinandersetzen.

- **Kindergarten – Primarschule:** Eine weitere Arbeitsgruppe widmet sich dem Übergang vom Kindergarten in die Primarschule. Die Herabsetzung des Einschulungsalters ist einer der Gründe dafür, die Schnittstelle genauer unter die Lupe zu nehmen. Ziel ist es, die neuen Herausforderungen zu definieren und adäquate Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

- **Stundentafel:** Die dritte Arbeitsgruppe wird sich dieses Jahr mit Fragen zur neuen Stundentafel und Optionen für den allfälligen neuen Aargauer Lehrplan befassen. Der Verbandsrat will frühzeitig mögliche Ausgestaltungen und deren Grenzen diskutieren und so weit wie möglich zu einer gemeinsamen Haltung kommen – eine Herkulesaufgabe!

Fehlende Finanzen führen zu Bildungsabbau

Trotz düsterer Finanz-Aussichten ist der Grosse Rat mehrheitlich der Meinung,

dass auf den Steueranteil bei den Grundbuchabgaben in der Höhe von 36 Millionen Franken verzichtet werden kann. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass in Zeiten knapper Finanzen bei der Bildung über Gebühr abgebaut wird, um einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu erreichen. Der neuerliche Entzug von Staatseinnahmen wird daher für die Schulen einen weiteren schmerzlichen Einschnitt bedeuten. Der Verbandsrat hat einstimmig beschlossen, das Referendum gegen die Reduktion der Grundbuchabgaben zu unterstützen. Solange das Geld wichtiger ist als eine gute Bildung, muss sich der alv zu Finanzvorlagen, die die Bildung gefährden, äussern.

Kathrin Scholl, stv. Geschäftsführerin alv

Aus der alv-Verbandsratsversammlung vom 16. März.